

Große und kleine Koalitionen



Berlin-Koalition

Da reibt man sich doch wirklich die Augen als OWUS Mitglied – wer hätte das vermuten können – ausgerechnet der Herr Rüttgers! Er fordert ein länger zu zahlendes Arbeitslosengeld und begründet das mit unserem Leitsatz, »Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung« handeln zu müssen! Endlich! Könnte man freudig erregt ausrufen, endlich werden wir gehört mit unseren Vorstellungen in dieser Gesellschaft. Steht nun DIE Koalition bevor, die den Namen Groß auch verdient, weil sie den Vorhaben und Impulsen nach, die von ihr ausgehen, so genannt werden kann?

Das Sichvereinigen

Koalition, nur zum Selbstverständnis, wird ganz allgemein abgeleitet vom lateinischen »coalitio«, was nichts anderes heißt als »Das Sichvereinigen«. Wenn man allerdings so manche Schlagzeile zu Koalitionen im Lande verfolgt, muss man an dieser Definition seine leisen Zweifel hegen. Eigentlich beunruhigen mich alle Koalitionen aus den unterschiedlichsten Gründen.

Als unbedeutendes Mitglied des immer zitierten Mittelstandes macht mir besonders die Große Koalition Sorgen. Die sich da vereinigen, versuchen wie immer – siehe Herr Rüttgers – einander mit populistischen Forderungen gegenseitig zu übertrumpfen. Angetreten waren sie, das Land nach vorn zu bringen, mit der großen Mehrheit den großen Wurf zu wagen. Den kann ich nicht erkennen. Denn wer heute und hier Große Koalition sagt, muss auch Gesundheits-, Förderalismusreform und natürlich Mehrwertsteuererhöhung sagen.

Mehrwert oder Mehrsteuer? – das ist hier die Frage!

Als Unternehmer muss man immer versuchen, den Dingen, die unser Handeln beeinflussen, auf den Grund zu gehen. Für wen also mehr Wert? Für wen mehr Steuer?

Als ich neulich am Rechner einen Brief formulierte, nutzte ich die gebräuchliche

Fortsetzung auf Seite 2

Kolumne

Ein Problem für die KMU ist die im europäischen Vergleich sehr geringe Eigenkapitalausstattung von lediglich 20 Prozent. Dadurch entstehen hohe Kosten für Fremdkapital und enorme Probleme bei der Finanzierung von Betriebsentwicklungen.

Die massive Konzentration der Wirtschaft zeigt sich darin, dass von 3,4 Millionen eingetragenen Unternehmen 99,7 Prozent kleine und mittelständische Unternehmen sind. Diese stellen aber nur 40,8 Prozent aller Umsätze.

Durch die Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte und die schwache Binnen- nachfrage werden die Auftragsprobleme der KMU weiter verschärft. Zwischen 1992 und 2005 sind die Sachinvestitionen der Kommunen um etwa die Hälfte gefallen. DIE LINKE. fordert deshalb ein breit angelegtes öffentliches Investitionsprogramm, von dem die kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort profitieren.

Unsere Forderung nach Wertschöpfungs- abgabe statt der bisherigen bruttolohn- bezogenen Arbeitgeberabgaben kann in Größenordnungen neue Arbeitsplätze schaffen helfen.

OWUS ist der Beleg dafür, dass es möglich ist, unternehmerische Leistungen und notwendige gesellschaftliche Anerkennung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu vereinen. Auch deshalb setzen wir uns für einen gesetzlich garantierten Mindestlohn ein, der allerdings besonders bei Kleinunternehmen staatliche Unterstützung und Übergangsfristen eingeräumt bekommen muss.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. ist der Ort, in dem die unterschiedlichen Gesichtspunkte nach freundschaftlichem Widerstreit in den allermeisten Fällen zu einem aktionsbezogenen Konsens kommen.

Wir wollen die großen Konzerne finanziell stärker heranziehen, wenn es darum geht, die Daseinsvorsorge zu finanzieren.

Wir wollen auch die Marktmacht der Energiekonzerne begrenzen, die politische Willkür der Großbanken einschränken und somit die Aktionsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern.

Euer Dr. Diether Dehm

Inhaltsübersicht

Große und kleine Koalitionen	Seite 1 bis 2	OWUS vor Ort und unterwegs	Seite 8 bis 10
Informationen aus dem Bundestag	Seite 2 bis 4	ND-Gespräch	Seite 10
OWUS-Unternehmerreise	Seite 5	Europa	Seite 11 bis 12
Ratgeber Recht und Wirtschaft	Seite 6 bis 7		

Abkürzung Mwst. Word wies mich mit einer roten Linie darauf hin, dass hier ein grammatikalisches Monstrum aufgerufen ist. Freundlicher Weise werden dann auch gleich Alternativen ins Spiel gebracht, die hier so lauten: Mist, Mast und Most.

Kann das Zufall sein? fragt sich da beunruhigt der Materialist. Gibt es doch so etwas wie eine Intelligenz der unbelebten Materie?

Mist, weil es den normalen Bürger so belastet, dass sein Beitrag für die Ankurbelung der Produktion durch fleißiges Konsumieren wieder mal arg beschnitten wird, was uns als Unternehmer schmerzlich trifft.

Mast, weil sich der Staat mäset, ohne die gewonnenen Mittel wirklich so einzusetzen, dass Perspektiven damit eröffnet werden. Mehr für Bildung oder sozialen Ausgleich, für weniger Bürokratie? – Fehlanzeige!

Schließlich Most, frei interpretiert als Vorstufe von Wein, der von denen getrunken wird, die populistisch den Älteren länger ALG geben und gleichzeitig das Rentenalter auf vorläufig 67 anheben wollen und überhaupt allen empfehlen, den Gürtel enger zu schnallen, also doch eher Wasser predigen.

Berliner Neustart?

Oder wie genüsslich medial dargestellt »Berliner Fehlstart«? Man kann in diesen Tagen natürlich nicht über Koalitionen reden, ohne auf Berlin zu blicken. Der Koalitionsvertrag widmet von 86 Seiten vier der Wirtschaft. Da wimmelt es von Clusterbildung und Kompetenzfeldstrategien in verschiedenen Varianten. Immerhin wird die Entwicklung eines Maßnahmenpaketes zur weiteren bürokratischen Entlastung der Unternehmen als vorrangig angekündigt. Dafür freut mich die Entwicklung eines Konzeptes zur umfassenden Pflege von Bestandsunternehmen uneingeschränkt, das ist doch wirklich mal was Neues.

Trotzdem schmerzt es, wenn ich sehe, dass es in Berlin für DIE LINKE.PDS leichter war, in eine Koalition mit der SPD zu kommen, als mit der WASG an einem Tisch zu sitzen und eine gemeinsame Sprache für einen Wahlauftritt zu finden.

Mir drängt sich da ganz einfach die Frage auf, ob nicht mit dem gleichen Aufwand, mit der unbedingten Zielstrebigkeit und Kompromissbereitschaft wie in den Koalitionsrunden und hier und da vielleicht auch mit dem Schlucken einer der berühmten Kröten nicht auch ein Abkommen hätte zu Stande gebracht werden können?

Die Koalition der Vernunft

Das ist die, welche über die Bildung von Vereinen gerade eine neue politische Kraft im Lande fest etablieren will. Vielleicht wird da die Zusammenarbeit zwischen OWUS und Linker noch effektiver, jetzt auf gleicher Augenhöhe – von Verein zu Verein. Jedenfalls hat sich das beim Zusammentreffen der Vorstände von WASG Brandenburg und OWUS mit dem Blick auf ganz praktisches Zusammenwirken zu Themen wie Arbeitsplatz erhaltende Wirtschaftspolitik und Wertschöpfungsabgabe gut angefühlt. Aber der Teufel liegt im Detail: (Ganz nebenbei – können unsere Spenden und Beiträge noch von der Steuer abgesetzt werden, ist so ein Verein gemeinnützig?) Da werden die FrontmännerInnen Ost wie West noch ganz schön gefordert. Wir werden mit Wohlwollen das Geschehen verfolgen und unseren bescheidenen Beitrag zum Gelingen leisten.

Hatte ich schon erwähnt, dass erstaunlicherweise auch zu dem Wort »Sichvereinigen« das Rechtschreibprogramm eine Alternative bietet? – Siechvereinigen. Das muss ja aber nicht auf die letzte Variante zutreffen, meint Uwe Zimmermann.

*Uwe Zimmermann, Vorstandsmitglied
OWUS Berlin-Brandenburg*

Eine Koalition des Großen Kapitals

Über ein Jahr linke Mittelstandspolitik im Deutschen Bundestag



Sabine Zimmermann

Die Linke und der Mittelstand. Kann das gut gehen, fragten viele, als ich Anfang des Jahres 2006 die Funktion als mittelstandspolitische Sprecherin übernahm. Die Frage wurde gleich zum Motto eines Arbeitstreffens im März 2007 gemacht. Neben Klaus Eichler vom OWUS sprachen dort auch Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften. ver.di organisiert inzwischen mehrere Zehntausend Selbstständige und Freiberufler. Nach der Gründerwelle durch die ICH-AG stellt sich die soziale Situation vieler Existenzgründer dramatisch dar. Die Politik in Berlin hat hunderttausenden Arbeitslosen den Weg in die Selbstständigkeit empfohlen. Was danach passiert, darum kümmert sie sich nicht.

Die Mehrwertsteuererhöhung ist als eine mittelstandsfeindliche Maßnahme der Bundesregierung bekannt. Es kam aber auch zu weniger bekannten mittelstandsfeindlichen Beschlüssen im Bundestag.

Stichwort Zahlungsmoral. Verspätete oder ausbleibende Zahlungen an Handwerksbetriebe lösen oft Unternehmenspleiten aus. Dies gilt vor allem für kleinere, aber auch mittlere Betriebe, die nicht über genügend Eigenkapital verfügen, um eventuelle Zahlungsverzögerungen und -ausfälle zu verkraften. Generalunternehmer nutzen dies oft, um Preise zu drücken. Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung mit besseren Klagemöglichkeiten war hier völlig unzureichend. Nur die wenigsten Handwerker trauen sich, die Zahlung über den Rechtsweg einzufordern, sei es, weil die Zeit oder das Geld fehlen oder weil sie befürchten, dass sie in Zukunft den Auftraggeber verlieren werden. Die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE. dafür eine Öffentliche Bank zu schaffen, die das Geld treuhänderisch verwaltet und bei ordnungsgemäßer Erledigung auszahlt, lehnte die Große Koalition ab. Das galt ebenso für unseren Vorschlag einen Handwerkerhilfsfonds einzurichten.

Nicht einmal ein solches Zeichen zu setzen, war die Bundesregierung bereit.

Stichwort Mittelstandentlastungsgesetz.

Vor der Sommerpause beschloss die Bundesregierung ein großangekündigtes Mittelstandentlastungsgesetz. Vielleicht werden kleine Unternehmen nun um Hundert Euro pro Jahr entlastet. Aber die dringend nötigen Aufträge entstehen so nicht. Die Bundesregierung kennt nur den gehobenen Mittelstand. Die kleinen und mittleren Unternehmen, die bisher besonders unter der schwachen Binnennachfrage litten, vergisst sie. DIE LINKE. fordert statt einer weiteren Entlastung der Konzerne ein öffentliches Investitionsprogramm, von dem auch viele kleine Mittelständler profitieren würden.

Stichwort Förderpolitik. Gegen die Meinung aller Bundesländer wollen Union und SPD 2007 die Mittel zur Entwicklung strukturschwacher Regionen um 50 Mio. Euro kürzen. Nicht weniger fatal: Die Gelder, die eigentlich kleinen und mittleren Unternehmen zu Gute kommen sollen, gingen in den letzten Jahren zu über die Hälfte an Großunternehmen.

Fazit: Diese Regierung ist eine Koalition des Großen Kapitals. Auch im neuen Jahr gibt es für DIE LINKE. viel zu tun!

Sabine Zimmermann, Mittelstandspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Arbeitskreis II »Wirtschaft, Arbeit und Finanzen« stellt sich vor

Leiterin: Dr. Barbara Höll

Arbeitsgruppen:

1. AG Finanzen

MdB Dr. Barbara Höll/ Arbeitsschwerpunkte:

Steuern, d. h. Unternehmenssteuerreform, Einkommenssteuer, Umsatzsteuer, Familienlastenausgleich, Rentenbesteuerung, weitere indirekte Steuern, int. Besteuerung, Steueraufkommen, Ökosteuer, Existenzminimum, Steuerhinterziehung (gemeinsam mit Dr. Herbert Schui), Armuts- und Reichumsbericht

MdB Dr. Axel Troost/ Arbeitsschwerpunkte:

Spekulation, Bundes-Länder-Finanzausgleich/Landesfinanzen, Banken/Sparkassen, Öffentliche Haushalte/Fiskalpolitik

Barbara Höll und Axel Troost gemeinsam/ Arbeitsschwerpunkte:

Gemeindefinanzreform/ Privatisierung von kommunalem Eigentum/ Gewerbesteuer, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer

2. AG Wirtschaft

MdB Ulla Lötzer/ Arbeitsschwerpunkte: Europäische Wirtschaftspolitik, Liberalisierung,

Privatisierung, Demokratisierung der Wirtschaft, Genossenschaften (solidarische Ökonomie, Demokratisierung der Wirtschaft); Branchen: Ernährungs- und Agrarindustrie, Bio- und Gentechnologie, Chemie- und Pharmazie, Bergbau und Energie, Wasserversorgung (auch Privatisierung), Banken und Versicherungen, Medien, Papier- und Druckindustrie

MdB Sabine Zimmermann/ Arbeitsschwerpunkte: Unternehmensgründungen, Mittelstandspolitik, Bürokratieabbau, Deregulierung, Europäische Beihilfe und Strukturpolitik, Gemeinschaftsaufgaben, Regionale Strukturpolitik; Branchen: IT und Telekommunikation, Post, Textil und Bekleidung, Handel, Freie Berufe, Handwerk, Bauindustrie, Automobilindustrie

MdB Dr. Herbert Schui/ Arbeitsschwerpunkte: Geldpolitik, Konjunkturpolitik, Steuerpolitik, Technologiepolitik, Öffentlicher Sektor/ Privatisierung/ Gemeineigentum, Marktregulierung, ERP-Sondervermögen, Subventionen (gemeinsam mit Büro Troost), Branchen: Luft- und Raumfahrt, Verkehr und Logistik, Maschinen- und Anlagenbau, Elek-

troindustrie, Maritime Wirtschaft, Stahl und Metall

3. AG Arbeit und Soziales

MdB Kornelia Möller/ Arbeitsschwerpunkte: Ältere und Junge am Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktstatistik, Bundesagentur für Arbeit, ÖBS, Organisation der Arbeitslosenversicherung, Hartz IV, Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, Verhältnis von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Weiterbildung im Arbeitsprozess, Zukunft der Arbeit

MdB Werner Dreibus/ Arbeitsschwerpunkte: Mindestlohn, Arbeitszeitpolitik, Mitbestimmung/ Demokratisierung der Wirtschaft/ Betriebsverfassung, Kündigungsschutz, Beschäftigungssicherung, Arbeitsrecht, Berufsstrukturen, Tarifautonomie, Löhne und Tarife, Tarifpolitik.

Weitere Informationen zum Arbeitskreis finden sich auf der Internetseite der Fraktion DIE LINKE. Von dort aus ist es möglich, sich auf weiteren Seiten über die einzelnen Abgeordneten, deren Mitarbeiter, aktuelle Vorhaben sowie Pressemitteilungen, Reden und Parlamentarische Initiativen zu informieren. Die monatlich erscheinenden thematischen Newsletter der Fraktion, insbesondere zu den Themen »Wirtschaft und Technologie«, »Finanzen und Steuern« und »Arbeit«, geben einen guten Überblick über die Arbeit der Arbeitsgruppen des Arbeitskreises.

Zur aktuellen Mindestlohn-Debatte

Am 6. November dieses Jahres diskutierte die Koordinierungsgruppe der wirtschaftspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen mit Mitgliedern der Bundestagsfraktion der DIE LINKE. (H. Schui, A. Troost, S. Zimmermann, U. Lötzer) und den arbeitsmarktpolitischen Sprechern die Standpunkte zu Mindestlohn und Kombilohn. An der Beratung nahmen auch drei Vertreter des Vorstandes von OWUS Berlin-Brandenburg teil. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es breite Übereinstimmung gibt bei der Notwendigkeit der Einführung eines Mindestlohnes auch in der Bundesrepublik. Unterschiedliche Auffassungen gibt es über den Weg dorthin, insbesondere, was die flankierenden Maßnahmen für kleine und mittlere Betriebe betrifft.

In der Diskussion wurde u. a. kritisch vermerkt, dass in den Debatten auch der Linkspartei.PDS häufig diese noch nicht gelösten Probleme in den Vordergrund gestellt werden und dadurch die Verständigung über erste Schritte in den Hintergrund rückt. Vertreter der Bundestagsfraktion (Dr. M. Hinze vom Büro W. Dreibus, Dr.

A. Troost) legten ein Diskussionsmaterial über »Gute und schlechte Kombilohn-Modelle« vor. Gegen Kombilohn sprechen danach die zu erwartenden Mitnahmeeffekte durch Unternehmen und der dagegen zu setzende hohe Kontrollaufwand. Als positiv wurden die Erfahrungen in Großbritannien dargestellt, wo der Mindestlohn stufenweise eingeführt wurde und dadurch weitestgehend ohne Subventionen auskam. Durch die jährlichen Anpassungen auf Grundlage der Empfehlungen einer von der Regierung eingesetzten Kommission ist inzwischen der zunächst relativ niedrig angesetzte Mindestlohn um über 50% angestiegen. Negative Auswirkungen auf die Arbeitsmarktentwicklung oder die wirtschaftliche Lage in den Unternehmen sind nicht bekannt geworden. Durch die Vertreter der Landtagsfraktion aus Magdeburg (F. Thiel, S. Dirlich, E. Rogée/Verdi) wurde insbesondere auf die Probleme für Unternehmen mit geringer Wertschöpfung hingewiesen. Die Produktivitätssteigerungen in diesen Bereichen (z. B. Handwerk) sind deutlich geringer als in der Industrie und damit diver-

gieren die Lohnstückkosten immer weiter auseinander. In diesen Bereichen einen Mindestlohn einzuführen, bedeutet eine Erhöhung der Lohnkosten, die durch steigende Produktivität nicht ausgeglichen werden kann. Notwendige Preiserhöhungen, die vom Kunden nicht akzeptiert würden, wären die Folgen. Beispielfhaft wird in diesem Zusammenhang häufig das Freiseurhandwerk genannt. Verwiesen wurde auf Vorschläge zu flankierenden Maßnahmen, die im Wahlkampf seitens der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt benannt wurden. Der Vertreter der Landtagsfraktion aus Thüringen (M. Gerstenberger) favorisierte ebenfalls ein Stufenmodell zur Einführung des Mindestlohnes und verwies zugleich darauf, dass bei Anwendung von Kombilohnmodellen für KMU über 90% der Unternehmen im Freistaat damit arbeiten müssten. Dies entspräche einer Subventionierung von nahezu über die Hälfte aller Arbeitsplätze. Um mit Vertretern der Wirtschaft, insbesondere des Handwerks und des Einzelhandels ins konkrete Gespräch zu kommen, sei ein Gesetzesentwurf notwendig. Der wirtschaftspolitische Sprecher der

Fortsetzung auf Seite 4

Landtagsfraktion Brandenburg (R. Christofers) sprach sich wiederum für Kombilohnmodelle aus, ein Subventionsmissbrauch ließe sich dabei nicht verhindern. Bezogen auf die Verantwortung der öffentlichen Hand stellte er auch die Notwendigkeit heraus, durch klare gesetzliche Regelungen zum Vergaberecht die Anforderungen der Haushaltsordnung nach dem billigsten Anbieter aufzulösen. Zugleich verwies er darauf, dass sich zunehmend auch rechte Kreise dieser Themen mit populistischen Argumenten bemächtigen. In der Diskus-

sion hatten wir als Vertreter von OWUS auch Gelegenheit, unsere Sicht der Dinge darzulegen. Ich verwies darauf, dass aus sozialer Verantwortung heraus unser Verband die Einführung von Mindestlöhnen befürwortete.

Aus wirtschaftlicher Vernunft heraus sehen wir aber auch erhebliche Probleme bei Kleinstunternehmen, diese Mindestlöhne zu zahlen. Stufenmodelle, branchenspezifische Lösungen, Differenzierungen nach Qualifikation und Lebensalter sowie Formen des Kombilohnes für wirtschaftlich schwache Unternehmen können dabei hilfreich wirken und sollten entsprechend

berücksichtigt werden. Hinsichtlich der Argumente mancher Regierungspolitiker betreffs möglicher gesetzlicher Regelungen, die im Widerspruch zur Tarifautonomie stehen könnten, sei auf das »Gesetz zur Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen« aus dem Jahre 1952 verwiesen, dass entsprechende staatliche Eingriffe ermöglicht, jedoch noch nie praktisch angewandt wurde.

*Dr. Rolf Sukowski,
Unternehmensberatung & Training
Mitglied des Vorstandes von OWUS
Berlin-Brandenburg*



Reichstagskuppel

Oktober-Unternehmertreff in Berlin Bereit zur Mitarbeit an linken Konzepten

Was macht eigentlich die Linkspartei.PDS im Haushaltsausschuss des Bundestages? Zu diesem Thema hatten die Mitglieder von OWUS Berlin-Brandenburg Roland Claus, Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages, zu ihrem Oktober-Unternehmertreff in Berlin eingeladen.

»Haushaltspolitik der Linkspartei.PDS ist keine Verweigerungspolitik, sondern verlangt von uns Innovationen und Veränderungen«, so Roland Claus. Mit dieser Aussage waren die OWUS-Mitglieder sofort

mittendrin in einer Diskussion um Fördermittel und Haushaltsfragen. Zugang zu Fördermitteln – wer diesen bekommen will, muss schon ziemlich viel bürokratischen Aufwand betreiben, sich im Dschungel der Fördertöpfe zurecht finden, »Fördermittel Scouts« ausmanövrieren und eine Lobby haben. Dass dies Klein- und Mittelständlern sowie Freiberuflern meistens nicht gelingt, bestätigten die Mitglieder von OWUS. Noch immer ist es so, dass kleine Unternehmen von den Banken kaum oder nur unter sehr schwierigen Bedingungen Kredite oder

Fördermittel bekommen; selbst dann nicht, wenn die Firmen eine gute Auftragslage oder Innovationen und Patente vorweisen können. Beispiele dafür kennt der Innovationsberater Rolf Weitkus zur Genüge. Deshalb sei es notwendig, dass die Linkspartei.PDS auf allen Ebenen, auch im Haushaltsausschuss des Bundestages, Lobby-Arbeit für Klein- und Mittelständler, insbesondere im Osten Deutschlands, leistet, damit endlich auch hier der Zugang zu Fördermitteln besser möglich und die wirtschaftliche Situation verbessert wird.

Und damit waren die OWUS-Mitglieder sehr schnell bei weiteren Fragen angelangt, die nicht nur Robert Gadegast (Trockenbau) bewegten: Wie soll es politisch in der Gesellschaft weitergehen? Welche Konzepte und Positionen bietet die Linkspartei.PDS, wenn es um Veränderungen in unserem Land geht?

Das wichtigste sei doch, so Dr. Jürgen Meer-gans (Unternehmensberater), linke Strategien für gesellschaftliche Strukturveränderungen auszuarbeiten. Jürgen Heinrich, Reisebüro TUK, warf die Frage nach haushaltspolitischen Strategien der Linkspartei.PDS auf: Was machen wir gegen Arbeitslosigkeit, in der Gesundheitspolitik und wie nutzen wir den Osten wieder stärker als Markenzeichen und gewinnen damit »vernachlässigte« Wähler zurück? Klaus Eichler, OWUS-Vorsitzender, erinnerte an die OWUS-Mitarbeit am gelungenen Steuerkonzept der Linkspartei.PDS und betonte: »Als Linkspartei.PDS und als OWUS müssen wir unsere Anteile am gesellschaftlichen Leben lauter zum Ausdruck bringen, veröffentlichten und langfristig deutlich machen, dass und welche Konzepte wir haben. Und diese Konzepte mitzuentwickeln, dafür sind die linken Unternehmer bereit!«

*Dr. Irene Gebauer, Vorstandsmitglied
OWUS Berlin-Brandenburg*

OWUS-Reise

Das Königreich Schweden, das Ziel unserer diesjährigen OWUS-Reise, liegt an der Ostseite der Halbinsel Skandinavien zwischen 69 Grad nördlicher Breite (Trieriksröset) und 55 Grad nördlicher Breite (Smygehuik) mit 1574 km Nord-Süd-Ausdehnung und zwischen 10 Grad östlicher Länge (Skäret Stora Drammen) und 24 Grad östlicher Länge (Ön Kataja) mit 300 bis 500 km Ost-West-Er Streckung, mit Landesgrenzen zu Norwegen (1619 km), zu Finnland (586 km) und einer Seegrenze von 2390 km.

Diese Daten wurden von Renate in ihrem Quiz natürlich nicht abgefragt (wer kann sich das auch schon merken).

Vielleicht war die ungewohnt frühe Abreise am Freitagmorgen auch Schuld daran, dass



nicht alle die anspruchsvollen Quizfragen beantworteten. Der bequeme Reisebus lud zum Entspannen und Ausruhen ein, die Bordverpflegung im Bus war reichhaltig und anspruchsvoll.

Schweden und Malmö empfingen uns mit Sonnenschein, der uns über unsere gesamte Reise begleitete.

Das von TUK perfekt zusammengestellte Reiseprogramm führte uns zu vielen interessanten Plätzen und in bestaunenswerte Städte, z.B. nach Lund, der historischen Universitätsstadt mit dem berühmten Dom oder nach Ystad, bekannt als Heimat des Kommissars Wallander aus Henning Mankells Büchern und Filmen. Unsere charmante Reisebegleiterin Eva Helena informierte uns über alles Wissenswerte.

Der Besuch bei der südschwedischen Handelskammer und das Gespräch mit Herrn Schütze, ihrem Vertreter in Berlin, machte Hoffnung darauf, dass Menschen, die von ihrem Volk für das Regieren gewählt werden, auch kreativer sein können, als schamlos und gnadenlos den Menschen in die Geldbörse zu greifen, wenn die Wirtschaft darnieder liegt.

Information und Erlebnis prägten die Fahrt, einschließlich der internationalen kulinarischen Genüsse: Freitagabend italienisches und Samstag türkisches Essen und türkische Tänze. Schwedische Fischspezialitäten fanden sich in reicher Auswahl auf dem Frühstücksbuffet.

Der kleine Sprachkurs von TUK für die Reise war für uns denn doch zu schwierig und wir versuchten die Verständigung auf Englisch. Vielen Dank TUK für die erlebnisreiche und informative Reise.

*Petra Junghänel
OWUS-Mitglied*



Mit geeinter Kraft

Ihre Kräfte bündeln wollen ab sofort der Landesvorstand der WASG Brandenburg und der Vorstand von OWUS Berlin-Brandenburg. Auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung werden beide Partner konstruktiv zusammenarbeiten und ein gemeinsames linkes Politikangebot für die Bürgerinnen und Bürger in Berlin und Brandenburg entwickeln. Vor allem gilt es, die programmatische Debatte zu solchen Bereichen wie Wirtschaftspolitik in der Region, politische Vertretung der Wirtschaft durch die neue Linke, zielgerichtete Haushalts- und Finanzpolitik, gesetzlicher Mindestlohn, Wertschöpfungsabgabe, Innovation und Förderpolitik zu befördern sowie die Diskussion zum Leitbild für Brandenburg zu führen. Geeignete Formen der



Zusammenarbeit bilden gemeinsame Positionspapiere, Themendebatten und Rundheit-Gespräche. Beide Vorstände bereiten derzeit für den Februar 2007 eine landesweite Veranstaltung von WASG und OWUS zum Thema »Linke Mittelstandspolitik – Probleme und Positionen« vor. Außerdem arbeiten UnternehmerInnen der WASG und des OWUS im Arbeitskreis Wirtschaft des

Ständigen Forums der Europäischen Linken der Regionen Berlin-Brandenburg SFEL-R mit. Außerparlamentarische Vorhaben durch wirksame gemeinsame Aktionen zu unterstützen, gehört natürlich ebenso ins Konzept wie die gegenseitige Nutzung von Publikationswegen.

Dr. Irene Gebauer

Umsatzsteuererhöhung ab 1. Januar 2007 von 16 % auf 19 %



Wie erwartet, wurde am 16. Juni im Bundesrat die größte Anhebung in der Geschichte des aktuellen Mehrwertsteuersystems beschlossen: Steuerpflichtige Leistungen eines Unternehmens, die nach dem 31. Dezember 2006 ausgeführt werden, sind nunmehr mit 19 % Umsatzsteuer zu versteuern. OWUS-Landesvorstandsmitglied Thüringen, Steuerberater Gerd Beck, von der AS Steuerberatungsgesellschaft mbH, Niederlassung Suhl erläutert die wichtigsten Gestaltungsansätze:

Herr Beck, wer wird durch die Erhöhung betroffen sein?

Vordergründig sind von der Steuersatzerhöhung nur Privatpersonen und Unternehmer ohne Vorsteuerabzug wie z.B. Ärzte oder Banken betroffen. Diese werden wirtschaftlich belastet. Aus dieser Gesetzesänderung ergeben sich jedoch auch für alle anderen Unternehmer zahlreiche steuerliche, rechtliche, betriebswirtschaftliche und organisatorische Konsequenzen, die in den nächsten Monaten vorzubereiten sind. Jeder Unternehmer sollte sich rechtzeitig auf die vielen Einzelthemen einstellen, damit er dem Jahreswechsel gut gerüstet entgensehen kann.

Was kann der Unternehmer noch beeinflussen, um zum alten Steuersatz abzurechnen?

Ausschlaggebend für die Bestimmung des maßgebenden Steuersatzes ist allein der Zeitpunkt, in dem die Leistung erbracht wird. Auf die Zahlung des Entgeltes kommt es ebenso wenig an, wie auf den Zeitpunkt der Rechnungserteilung.

Bei Lieferungen ist entscheidend, wann dem Abnehmer die sogenannte Verfügungsmacht an den gelieferten Gegenständen verschafft wurde. In der Regel erfolgt dies bei körperlicher Übergabe der Sachen. Bei Dienstleistungen ist der maßgebende Zeitpunkt erreicht, sobald die Leistung erfolgt ist.

Manche Aufträge können aber nicht zum Jahreswechsel fertiggestellt werden. Gibt es für diese Fälle Ansatzpunkte?

Bei langfristigen Projekten ist rechtzeitig vor Jahresende die Vereinbarung von sogenannten Teilleistungen zu prüfen. Denn Teilleistungen unterliegen dann dem alten Steuersatz, wenn sie vor dem 01. Januar 2007 beendet werden. Bei Teilleistungen handelt es sich um wirtschaftlich abgrenzbare Teile einer Werkleistung oder Werklieferung, für die das Entgelt gesondert geschuldet und abgerechnet wird.

Die Steuererhöhung trifft vor allem den Endverbraucher. Werden die Unternehmen einfach nur Ihre Preise um 3 % erhöhen?

In vielen Branchen ist mit einer Steuersatzerhöhung von 3 % die gesamte Gewinnspanne aufgezehrt. Die Unternehmen sind daher gezwungen, die Steuererhöhung an den Konsumenten weiterzugeben.

Insbesondere im Handel sind die Schwellenpreise zu überprüfen. Was bisher 0,99 Euro gekostet hat, müsste zukünftig für 1,02 Euro verkauft werden. Im Rahmen einer sorgfältigen Mischkalkulation muss daher ermittelt werden, an welcher Stelle ein Verlust in Kauf genommen wird, der mit Gewinnen aus anderen Produkten auszugleichen ist.

Wir empfehlen daher allen unseren Unternehmern, bereits jetzt ihre Preise für alle Produkte neu zu kalkulieren. Außerdem ist zu überlegen, notwendige Preiserhöhungen bereits im Jahr 2006 durchzuführen, da die Verbraucher im Jahr 2007 gewissenhaft prüfen werden, ob ein Unternehmen »nur« die Steuererhöhung weitergibt, oder die Gelegenheit zu einer weiteren Preiserhöhung nutzt.

Und was bleibt für den Unternehmer »privat« zu tun?

Hier gilt, was jeder Endverbraucher zu beachten hat: Investitionen sollten in das Jahr 2006 vorgezogen werden. Umsatzsteuer fällt auch an, wenn Unternehmer Wirtschaftsgüter für den privaten Ver- oder Gebrauch »entnehmen«. Daher ist zu prüfen, ob bestimmte Wirtschaftsgüter (z. B. PKW), die zukünftig privat genutzt werden sollen, noch im Jahr 2006 zu entnehmen sind.

Herr Beck, Ihr Fazit?

Aufgrund der komplexen und vielfältigen Einzelfragen besteht erheblicher Handlungs- und Beratungsbedarf. Daher bietet die ETL aus ihrem Team von Steuerberatern, Rechtsanwälten und Betriebswirten gesonderte Beratungen ausschließlich zum Thema Umsatzsteuersatzwechsel an. In diesem Zusammenhang haben wir für unsere Mandanten ein Merkblatt erstellt, welches auch interessierte Mitglieder kostenlos unter gerd.beck@etl.de anfordern können.

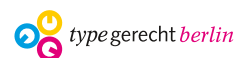


Wir machen Bücher...

... schnell, sauber, zuverlässig und im Zentrum von Berlin.

Satz- und Layouterstellung mit XPress 6.5 und Indesign CS2
Kreative Infografiken mit FreeHand MX und Illustrator CS2
Professionelle Bildbearbeitung und -composing mit Photoshop CS2
PDF-Workflow und Filmbelichtung
Analog- und Digitalproofs für hohe Farbverbindlichkeiten

Referenzen u. a.:
be.bra verlag
Ch. Links Verlag
Berlin Verlag



typegerecht berlin GbR
Schönhauser Allee 36
KulturBrauerei · Haus S
10435 Berlin
fon 030 - 48 49 62 43
fax 030 - 48 49 62 59
www.typegerecht.de
info@typegerecht.de

Übernahme von Bußgeldern durch Arbeitgeber lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei

Bei der immensen Parkplatznot, die in vielen Innenstädten vorherrscht, ist es keine Seltenheit, dass Kraftfahrer beim Besuch von Kunden gegen ein Halteverbot verstoßen. Übernimmt ein Arbeitgeber aus betrieblichem Interesse Verwarnungsgelder seiner Angestellten, liegt nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs kein lohnsteuerpflichtiger Arbeitslohn vor.

Die Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger haben sich jetzt dieser Sichtweise für den Bereich der Sozialversicherung angeschlossen. Das eigenbetriebliche Interesse des Arbeitgebers sowie die ausdrückliche Billigung des Fehlverhaltens des Arbeitnehmers müssen aber konkret schriftlich niedergelegt und in den Lohnunterlagen dokumentiert werden, so z.B. in folgender Form:

»Zur Erhöhung der Effizienz der Arbeit weise ich hiermit meine Arbeitnehmer an, unter Inkaufnahme von Verwarnungsgeldern auch in Bereichen mit Parkverbot bzw.

Halteverbot mit dem firmeneigenen Fahrzeug zu parken. Sofern hierfür Verwarnungsgelder entstehen, werden diese von mir übernommen. gez. Arbeitgeber«
Ferner wird ein eigenbetriebliches Interesse nur angenommen, wenn die Verletzung des Halteverbots mit einem Firmenfahrzeug begangen wurde. Für den Arbeitgeber ergibt sich in seiner Buchführung allerdings eine negative Folge. Die frühere Qualifikation als Lohn führte dazu, dass das übernommene Verwarnungsgeld als Lohnaufwand voll steuerlich abzugsfähig war. Da es sich nach der Rechtsprechung des BFH in diesen Fällen gerade nicht um Lohnaufwand handelt, greift nun das Abzugsverbot für Betriebsausgaben. Und damit kommt das Finanzamt letztlich dann doch noch zu einer Versteuerung der Übernahme der Bußgelder durch den Arbeitgeber.

gerd.beck@etl.de

Neue Regeln für das Arbeitszimmer – jetzt noch gestalten!

Bereits bisher sind die steuerlichen Vorschriften zum Abzug der Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer ein nahezu undurchdringliches Labyrinth. Der Gesetzgeber ist jedoch tätig geworden und verändert Regeln zum 1. Januar 2007 erneut.

Danach können die Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer immer nur noch geltend gemacht werden, wenn in diesem Zimmer die gesamte betriebliche oder berufliche Tätigkeit ausgeübt wird. Die bislang bestehende Möglichkeit des beschränkten Abzuges bis 1.250 EUR für den Fall, dass beispielsweise für die Arbeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, entfällt komplett. Berücksichtigt werden damit nur noch reine Heimarbeiter wie beispielsweise freiberufliche Journalisten oder Heimbuchhalter. Der Handwerker jedoch, der in seinem Arbeitszimmer seine Rechnungen schreibt, kann nichts mehr abziehen, da er sich ja überwiegend auf der Baustelle oder in seiner Werkstatt aufhält.

Bis zum Jahresende besteht jedoch noch die Möglichkeit, auf die Gesetzesänderung zu reagieren, um weiter von der Abzugsfähigkeit der Kosten zu profitieren.

Eine weitere Gestaltung besteht darin, anstelle einer Gehaltserhöhung das häusliche Arbeitszimmer an einen Arbeitgeber zu vermieten. So wird das Zimmer nicht mehr als häusliches Arbeitszimmer zur Erzielung von Mieteinnahmen genutzt. Hierfür gilt das Abzugsverbot nicht, so dass alle Kosten abgesetzt werden können. Allerdings hat die Finanzverwaltung diesen Steuertrick bereits erkannt und eine Reihe von Hürden für die Anerkennung des Mietverhältnisses aufgebaut. Deswegen sollten die tatsächlichen Verhältnisse im Vorfeld sehr genau geprüft werden, um hier nicht in eine Steuerfalle zu laufen.

gerd.beck@etl.de

OWUS Termin

19. Januar 2007 um 16 Uhr im Bundestag
»Dachverband-Vertreterkonferenz«

weitere Termine

02. Dezember um 10 Uhr

Potsdam – Hermannswerder, Tagungshotel Blau Art, mit Ralf Christoffers, Thema: Eigentum verpflichtet

02. Dezember um 9 Uhr

Löwenberg: Oberhavel mitten in Europa mit Dr. Helmut Markov, Teilnahme an der Gesamtmitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Oberhavel, Bürgerhaus, am Waldstadion 6

08. Dezember um 10 Uhr

Michendorf, Diskussion mit Schülern und Kommunalabgeordneten, mit Dr. H. Markov

12. Dezember um 19 Uhr

Ruth Berlaus Leben – mit und nach Bertolt Brecht, Autorin Sabine Kebir zu Gast bei Gerrit Große, Regine Hildebrandt Haus in Oranienburg

16. Dezember um 10 Uhr

Kommunalpolitisches Forum Brandenburg: Mitgliederversammlung, Potsdam – Hermannswerder Tagungshotel Blau Art



**Wir wünschen allen unseren
Leserinnen und Lesern
und ganz besonders unseren
»Postboten« der IMPULSE
ein friedvolles und besinnliches
Weihnachtsfest, frohe Feiertage
und ein glückliches,
gesundes Jahr 2007.**

Von Mensch zu Mensch auf Ihrem Personal Computer mit Videokonferenztechnik!



<http://www.gefaa.de>

TELECONSULT – Dienste
Beratung zu I.u.K. – Technologien
Qualifizierung, Projekte
Veranstaltungen
Tel./Fax: 030 – 208 7002 / 55



gefaa.berlin@t-online.de

Ihr Partner für Telearbeit mit Videokommunikation

Ein Team für Wirtschaftskompetenz

OWUS Sachsen im Gespräch mit MdB Barbara Höll



Kein gegenwärtiges Fraktionsmitglied sei – so wie einstmal Christa Luft – von überragender Wirtschaftskompetenz, erklärte MdB Dr. Barbara Höll im Gespräch mit Vertretern von OWUS Sachsen. Das mache insofern nichts, als ja die Regierung offensichtlich auch niemanden dafür habe, wurde ihr geantwortet. Das war ein wenig spaßhaft, aber unter Linken darf ja auch mal gelacht werden – wenigstens, wenn man sich versteht. Und genau dafür war das Treffen im Leipziger Wahlkreisbüro am

16. November angesetzt. »Linke Politiker müssen wissen, wie die Selbstständigen im Lande ticken«, formulierte Stammtischsprecher G. Bindig aus Markkleeberg treffend. Ein überaus kritischer Artikel aus Sachsen in »OWUS aktuell« hatte Barbara Höll veranlasst, den Kontakt zum OWUS e.V. in ihrer sächsischen Heimat aufzunehmen. Immerhin ist sie damit der zweite Ansprechpartner im Bundestag, auf den sächsische linke KMU ihre Aufmerksamkeit richten, dem sie die Rückkoppelung zwischen Basis und

Überbau zutrauen. Und Rückkoppelung, das weiß der polytechnisch gebildete Neufünfländer, ist nur ein anderes Wort für Signalverstärkung. Und die Politik hat's nötig, wie nie zuvor – das weiß so gut wie jeder – jedenfalls außerhalb der Politik. Die KMU wollen von der Politik verstanden sein und merken überwiegend nichts davon. Mit freudiger Überraschung nahmen wir daher die Dokumentation eines Arbeitstreffens vom 26. März unter dem Titel »Die Linke. und der Mittelstand« zur Kenntnis. Erleichterung war wohl auf beiden Seiten, denn weder die Leiterin jenes Arbeitstreffens, die sächsische Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann noch Barbara Höll hatten wohl bis dahin einen wirklichen Adressaten linker Mittelstandspolitik in Sachsen leibhaftig erlebt. So besteht nun die Zuversicht, dass unsere gegenseitigen Anliegen künftig ohne Umwege »vor die rechte Schmiede« kommen, dass immerhin zwei sächsische MdB wissen, wo »ihre Unternehmer« (nicht Kapitalisten – die Differenz besteht im Kapital!) sitzen und linke Unternehmer in Sachsen »ihre Abgeordneten« im Bundestag kennen. Alle drei sächsischen OWUS-Regionalverbände waren in Leipzig vertreten und der Bundes-Dachverband ebenfalls. Wir werden nie wieder »dumm aus der Wäsche gucken« können, weil wir uns einander ein wenig schlauer gemacht haben.

*Reinhard Heinrich
Landesvorsitzender OWUS-Sachsen*

Arbeitsort Weinböhla

Sächsische Linkspartei ehrlich bemüht um ALEKSA

Am 4. und 5. November 2006 fand die 2.Tagung des 9. Landesparteitages der sächsischen Linkspartei statt. Wer Arbeitszeugnisse schreibt, weiß den Untertitel zu deuten. Sie haben gearbeitet, kein Zweifel. Nach Oskar Lafontaines Grundsatzreferat ging es einen Nachmittag lang um ALEKSA, das im Januar 2004 von der Fraktion im Landtag veröffentlichte alternative Programm zur Landesentwicklung. Hat es jetzt die Partei erreicht? Hat die Partei die Bedeutung des Programms erfasst? Wenigstens redet sie darüber.

Allerdings rückt das Programm ALEKSA, so wie es jetzt diskutiert wurde, verdächtig in die Nähe eines Wahlprogramms. Gedacht und veröffentlicht worden war ALEKSA im Januar 2004 als Angebot für die gesamte Gesellschaft, als langfristiger »Perspektivplan«, den sonst keine andere Partei hatte (und bis jetzt nicht hat!) zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung im »Zuständigkeitsbereich« der sächsischen



R. Heinrich

PDS. Gedachte Basis des Ganzen war die alternative Gestaltung konkret ökonomischer Bedingungen, unter denen sich

die Gesellschaft in Richtung »freier Entwicklung« (s. M./E.: Manifest ...) gestalten könnte.

Die Konkretheit des Entwurfes manifestiert sich seit mehreren Jahren unter anderem im »alternativen Haushalt«, den die PDS (Fraktion) im sächsischen Landtag regelmäßig vorlegt und der bei »Freund« wie »Feind« unter den Schlagworten »schuldenfreier Sozialismus« und »Bildung statt Beton« wenigstens als Begriff die Runde macht. Solcherart politische Ökonomie, die in eine machbare Zukunft weist, hatte der Parteitag freilich noch nicht auf der Tagesordnung, dafür viele schöne Absichtserklärungen, die man nachlesen kann. Bezeichnend für die Stimmung im Saal war die verbale Steinigung, die einem OWUS-Mitglied widerfuhr, das so unvorsichtig war, den WOB-Verkauf (Dresden) ökonomisch begründen zu wollen. Da half es auch nichts, den demnächst dadurch möglich werdenden Rückkauf von Anteilen der Stadtwerke Dresden (Leipzig wehrt sich gerade gegen solchen Verkauf!) zu erwähnen, der allen Einwohnern der Stadt (nicht nur den WOB-Mietern!) zugute käme.

Es war (und ist) offensichtlich nicht einfach, politische »Reizthemen« auf der Sach-Ebene zu halten. Nicht nur auf Parteitag. Es entstand allerdings auch schon der Eindruck, dass Sachthemen von interessierten Personen erst zu »Reizthemen« gemacht wurden. Hierzu zitierte Bettina Simon (in anderem Zusammenhang – aber es passt) den Ehrenvorsitzenden Hans Modrow: »Es besteht die reale Gefahr, dass sich die Partei in eine Organisation verwandelt, in der die Entscheidungsprozesse zunehmend dem Eigeninteresse des politischen Personals untergeordnet werden« ...«
 OWUS Sachsen als linker Unternehmerverband ist an konkreter politischer Ökono-

mie in den Köpfen interessiert – als Basis für politisch linke Entscheidungsprozesse. ALEKSA, 2004 von PDS-Politikern aus Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen öffentlich begrüßt und als zukunftsweisend gewürdigt, wird nach fast drei Jahren im eigenen Lande doch immerhin von der Partei beachtet.

Das verdient Aufmerksamkeit – und aufmerksame, mitführende Unterstützung. Ein gutes Programm garantiert noch gar nichts. Politische Führungsprozesse verlaufen zum Glück relativ öffentlich.

Linke Unternehmer (nicht zu verwechseln mit »Kapitalisten« – die Differenz besteht in mehr oder weniger Kapital) schauen

mit Interesse auf diese Partei und ihre konkreten Schritte hin zu »schuldenfreiem Sozialismus« und »Bildung statt Beton«. Diese Begriffe wurden übrigens auf dem Parteitag so noch gar nicht ausgesprochen. Die sächsische LINKE.PDS hatte wohl noch zu viele andere Sorgen. Aber man soll ja nicht aufgeben. Darin sind OWUS-Mitglieder (bei Strafe ihres Untergangs!) durchaus trainiert.

(Mehr Infos über OWUS unter www.owus-sachsen.de)

Reinhard Heinrich
Landesvorsitzender OWUS Sachsen

OWUS Sachsen-Anhalt – Ein neuer Anlauf

Der Verein OWUS e.V. kann insgesamt eine positive Entwicklung konstatieren. Das gilt nicht nur für den größten Landesverband Berlin/Brandenburg. Auch die anderen Landesverbände können – wenn auch mit unterschiedlichem Entwicklungstempo – Erfolge vermelden. Das muss doch auch in Sachsen-Anhalt möglich sein!

Unter diesem Motto fand auf Bitte von Dieter Dehm am 25. Oktober 2006 eine Beratung der Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Iris Gottschalk, mit dem Vorsitzenden der Linkspartei.PDS von Sachsen-Anhalt, Matthias Höhn, und dem Landesgeschäftsführer der Partei statt. Es wurde beraten, wie die Linke.PDS unsere Arbeit unterstützen kann. Vor allem kommt es darauf an, logistische Hilfe zu geben, da die wenigen aktiven Mitstreiter von OWUS Sachsen-Anhalt mit der Organisation einer kontinuierlichen Arbeit überfordert sind.

Natürlich kann die Linkspartei.PDS nicht die Arbeit für uns erledigen. Aber mit der Bereitstellung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen, als kompetente Gesprächspartner für Stammtischrunden, Verteilung von Informationsmaterialien und ähnlichem kann wertvolle Unterstützung gegeben werden. Ganz besonders wichtig war uns aber, dass der Landesvorstand der Links-

partei.PDS Interesse für unsere Arbeit hat, dass erkannt wurde, dass auch sie von der Arbeit des OWUS als linkem Unternehmerverband profitiert.

Bei der Festlegung vieler strategischer und programmatischer Zielstellungen – besonders in wirtschaftspolitischen Fragen – ist auch die Sicht der (Klein-)Unternehmer hilfreich.

Gerade zu der aktuellen Forderung nach der Einführung eines Mindestlohnes ist eine Diskussion mit den Unternehmern von OWUS bedeutsam. Wenn besonders die Unternehmer, die von so einer Maßnahme besonders »schwer« betroffen wären, weil sie anfangs gar nicht in der Lage sind, Mindestlöhne zu zahlen und deshalb Arbeitsplätze streichen müssten, diese Forderung unterstützen, könnten wichtige Argumente in die Diskussion eingebracht werden.

Im Ergebnis der Besprechung wurde festgelegt, dass zunächst ein Treffen der aktivsten und interessiertesten OWUS-Mitglieder aus Sachsen-Anhalt in kleinem Rahmen stattfinden soll, auf der die weitere Arbeit, insbesondere die Verteilung auf mehrere Schultern, beraten wird. Matthias Höhn versprach, an der Beratung teilzunehmen. Sie ist noch für den Monat Dezember vorgese-

hen. Der Termin wird auf der Internetseite von OWUS bekannt gegeben.

Als weiterer Schritt wird die enge Zusammenarbeit mit einem anderen Unternehmer-Zusammenschluss angestrebt, der von den Kreisverbänden der Linkspartei.PDS im Süden von Sachsen-Anhalt (Merseburg-Querfurt) organisiert wird, dem Verein »LUST« – Linker-Unternehmer-Stammtisch. Hier treffen sich Unternehmer, die sich jedoch nicht an einen festen Verein (e.V.) binden wollen, regelmäßig zu bestimmten Themen.

Uns ist es jedoch wichtig, dass wir nicht gegeneinander als Konkurrenten auftreten, sondern unsere Kräfte bündeln.

Und ein weiter Schritt im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammenschluss mit der WASG ist die Einbeziehung von dort organisierten Unternehmern und anderen interessierten Wirtschaftlern in die Arbeit von OWUS. Im Umkreis von Magdeburg gibt es eine Arbeitsgruppe der WASG, die sich mit Wirtschaftsfragen beschäftigt. Auch diese Freunde haben wir zu unserem ersten Treffen eingeladen. Zusagen liegen schon vor. Wir wollen es also erneut anpacken. Wenn sich alle einbringen, sollte es auch klappen.

Iris Gottschalk
Landesvorsitzende OWUS Sachsen-Anhalt

BÜRO ■ PROFI
P o t s d a m G m b H

Bürobedarf: Druckerzubehör, Spezialpapiere, Aktenvernichter, Diktiergeräte, Stempel

Der Lieferant für Büromaterialien!

Gutenbergstraße 32, 14467 Potsdam
 Tel.: 0331-293463, Fax: 0331-295983, <http://www.bueroprofi.de>, Bueroprofi-Potsdam@t-online.de

Impressum

Herausgeber: OWUS Berlin-Brandenburg e.V.
Redaktion: Renate Vehlou, Dr. Irene Gebauer, Christoph Nitz, Georg Dorn
Adresse der Redaktion: OWUS-Rundbrief, Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin, Tel.: (030) 24 00 95 63, Fax: (0 33 27)73 20 90, www.owus.de
Gestaltung: Pressebüro Nitz, Tel.: (030) 42 02 31 16, www.pressebueronitz.de
Herstellung: typegerecht berlin, Tel.: (030) 48 49 62 43 www.typegerecht.de

OWUS – Hessen gegründet

Am 13. Oktober hat sich nun auch in Hessen ein Landesverband von OWUS gegründet. In Kassel trafen sich Unternehmerinnen und Unternehmer, Mitglieder von Linkspartei, der WASG, der DKP aber auch Parteilose, die sich hier zusammengeschlossen haben. »Wir haben diesen Verband gegründet, um den Unternehmern in Hessen, die den politischen, neoliberalen Mainstream kritisch betrachten, eine Plattform zur Kommunikation zu bieten und unseren Forderungen an die Politik eine Stimme zu verschaffen.«, erklärt der neu gewählte Vorsitzende Kai Boeddinghaus aus Kassel. Für das erste Jahr hat sich der jüngste Landesverband von OWUS eine aktive Mitgliederwerbung auf die Fahnen geschrieben. Inhaltlich hat man sich in Hessen zwei Schwerpunkte vorgenommen: Da in Hessen zur Zeit pro Jahr ca. 2500 betriebliche Insolvenzen zu verzeichnen sind, ist die Idee entstanden, einen geeigneten Kleinbetrieb vor der Insolvenz zu bewahren

und genossenschaftlich unter dem Dach von OWUS-Hessen weiterzuführen. Ein solches Engagement liegt nahe, weil zu den hessischen Gründungsmitgliedern Rechtsanwälte, Steuer- und Unternehmensberater und sogar eine Insolvenzverwalterin zählen. Kurz, hier haben sich alle Hyänen des Kapitalismus versammelt. Dass aber nicht alle Selbstständigen und Unternehmer sich wie solche Hyänen verhalten müssen, dies unter Beweis zu stellen, ist Anliegen der hessischen OWUSler. Die Suche nach einer geeigneten Firma hat bereits begonnen. Hinweise werden dankbar entgegengenommen.

Der zweite Augenmerk gilt der Vorbereitung und Durchführung einer größeren Veranstaltung mit dem Arbeitstitel »Eine andere Wirtschaftspolitik ist möglich – eine andere Wirtschaftspolitik ist nötig«. »Hier wollen wir versuchen, wirtschaftspolitischen Sachverstand und wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen zu versammeln«, so

Marjana Schott, stellvertretende Vorsitzende und in gleicher Funktion auch im Landesvorstand der Linkspartei Hessen. Mit Unternehmerinnen und Unternehmern, die in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass die Zahlung von Steuern nicht per se die unternehmerische Freiheit und Existenz bedrohen, die offensiv vertreten, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht nur in einer neoliberalen Gesellschaft möglich ist, sondern vielmehr auch in der Verankerung einer sozialen/sozialistischen Gesellschaft, will der hessische OWUS-Verband den neoliberalen Einpeitschern einer angeblich alternativen Wirtschaftspolitik etwas entgegen setzen.

Die Vorbereitung und Durchführung einer solchen Veranstaltung wird gleichzeitig auch als Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch untereinander in der Rolle als Selbstständige gesehen.

Kontakt: Kai Boeddinghaus
kai@boeddinghaus.org

*Marjana Schott und Kai Boeddinghaus,
OWUS-Hessen*

»OWUS-Rundbrief« im Gespräch mit Olaf Koppe

Seit Januar 2006 Geschäftsführer der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

OWUS: *Hallo und wie geht's dem ND?*

O.K.: Ach Marx, wir wollen nicht jammern. Das ND hat sich als immer noch meistgelesene überregionale Tageszeitung im Osten Deutschlands am Markt behauptet. Wie alle kleinen und mittleren Unternehmen im Printbereich müssen wir schwer ackern, um trotz Strukturkrise in der Branche unsere wirtschaftlichen Ziele – Stabilisierung der Auflage, Erhöhung der Anzeigenumsätze und Ausbau der sogenannten Nebengeschäfte – zu erreichen. Aber wir sind überzeugt, dass wir das schaffen.

OWUS: *Und was nährt diese Überzeugung?*

O.K.: 90% unserer Leser beziehen die Zeitung im Abonnement, womit sich eine hohe Leser-Blatt-Bindung verbindet, auf die wir bauen können und mit der sich auch für Nebengeschäfte, gekoppelt an das Hauptprodukt, z.B. Leserreisen oder der sich gut entwickelnde ND-Shop, interessante Perspektiven eröffnen. Wie die Ergebnisse unserer jüngsten Leserbefragung wieder bestätigten, versteht sich ein Großteil unserer Leserschaft als Solidargemeinschaft, nimmt die Zeitung, die von ihr verbreiteten redaktionellen Inhalte aber auch die nichtredaktionellen und kommerziellen Angebote sehr ernst und verlässt sich auch darauf.

Gerade im Anzeigenbereich erhalten wir z.B. viele Nachfragen, ob man sich denn auf den Anzeigenkunden XY verlassen könne, wie es mit der Seriösität bestimmter Angebote oder Produkte aussehe etc.

OWUS: *ND ist ja selbst OWUS-Mitglied. Ließe sich da nicht mehr draus machen?*

O.K.: Sicher. Seit vielen Jahren gibt es zwischen OWUS bzw. OWUS-Mitgliedern und unserer Zeitung gute Kontakte und Berührungspunkte über das politische Selbstverständnis hinaus. Für uns stellt sich deshalb seit geraumer Zeit die Frage, ob es nicht Möglichkeiten gibt, die Zusammenarbeit zwischen der sozialistischen Tageszeitung Neues Deutschland und dem linken Unternehmensverband zum gegenseitigen Nutzen weiter zu vertiefen.

OWUS: *Und wie könnte dies Eurer Meinung nach geschehen?*

O.K.: Wir glauben, dass das ND noch stärker als bisher als Multiplikator für den OWUS-Verband und seine Mitglieder wirken könnte, ihnen zum einen als Plattform zur Kommunikation in eine breitere Öffentlichkeit dienen und zum anderen aber auch einen unmittelbar wirtschaftlichen Nutzen durch Vermittlung eines interessanten

Kundenpotentials bieten könnte – d.h. eine unmittelbare Teilhabe an der o.g. Solidargemeinschaft.

OWUS: *Gibt es da schon konkretere Vorstellungen?*

O.K.: Ja, durchaus. So bieten wir OWUS viermal im Jahr eine von uns redaktionell begleitete Sonderseite unter dem Titel »OWUS informiert« oder »Neues von OWUS« o. ä. an. Sie würde aus einem redaktionellen Teil mit Beiträgen über OWUS und einem Anzeigenteil bestehen, in dem OWUS-Mitglieder zu Sonderkonditionen Anzeigen schalten können. Wir würden uns freuen, wenn wir das Projekt, das sicherlich ausbaufähig wäre, und das wir auf der Mitgliederversammlung Anfang Dezember näher vorstellen möchten, gemeinsam realisieren könnten.

OWUS: *Vielen Dank für das kurze Gespräch und wir sehen uns dann Anfang Dezember.*

The logo for OWUS consists of the letters 'OWUS' in a bold, black, sans-serif font. The letters are contained within a thick, black, rounded rectangular border that follows the shape of the text.

Gesündere Arbeits- und Lebensbedingungen durch Chemikalienrichtlinie REACH

31% aller Chemikalien weltweit werden von europäischen Unternehmen produziert. Daran hängen 1,7 Mio. Arbeitsplätze, indirekt 3 Mio. Zwar gibt es EU-Kontrollvorschriften für Chemikalien, die nach 1981 eingeführt wurden – einige besonders gefährliche Stoffe wie z.B. Asbest oder neuerdings Perfluoroctansulfonate wurden sogar verboten –, jedoch keine Test- und Zulassungspflicht für vor 1981 auf den Markt gebrachte chemische Substanzen. Gesundheits- und Umweltgefahren bei Verarbeitung und Konsum dieser im Umlauf befindlichen über 100.000 Stoffe sind also kaum kontrollierbar. Geändert wird dies nun durch die Richtlinie REACH (Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien) für diejenigen Chemikalien, die in jährlichen Mengen von mehr als 1 t produziert werden (ca. 30.000), wenn sich Europaparlament, Rat und Kommission demnächst einigen können. Künftig ist es Aufgabe der Chemikalienher-

steller und -importeure, die Sicherheit ihrer Produkte nachzuweisen, darüber zu informieren und besonders schädliche Stoffe durch andere zu ersetzen. Das kostet Geld und Zeit, auch wenn für kleine Produktionsmengen zwischen 1 und 10 t vereinfachte Registrierungsverfahren gelten. Angesichts dessen, dass Beschäftigte in der Chemieindustrie und bei der Weiterverarbeitung sowie Verbraucher mit Krebs erzeugenden oder anderweitig gesundheitsschädigenden Chemikalien in Kontakt kommen können, die in Farben, Kinderspielzeug, Teppichen, Autos, Büromöbeln etc. stecken, überwiegt aber ganz sicher der Nutzen. Neben Einsparungen bei Krankheits- und Umweltkosten ergeben sich auch neue Marktlücken für die qualifizierte Durchführung von Testverfahren oder im Bereich der Technologieentwicklung, was insbesondere KMU zugute kommt. Durch einheitliche Regelungen steigt die Rechtssicherheit. Eine europäische Agentur wird vertrauliche



H. Markov

Daten schützen. Mit dem Prinzip »ein Stoff – eine Registrierung« wird (auch bürokratische) Doppelarbeit vermieden. Informationen über bereits registrierte Chemikalien können zu anteiligen Testpreisen erworben werden. Helmuth Markov ist Europaabgeordneter der Linkspartei.PDS; Nora Schüttpelz ist Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin von Helmuth Markov in Brüssel.

Helmuth Markov und Nora Schüttpelz

Verrat an sozialem Europa



Sahra Wagenknecht

Zur Abstimmung des Europäischen Parlaments über die Dienstleistungsrichtlinie erklärt Sahra Wagenknecht, Europaabgeordnete der Linkspartei.PDS, die in der heutigen Plenardebatte als Vertreterin der Linksfraktion GUE/NGL gesprochen hat: Die heutige Abstimmung über die Dienstleistungsrichtlinie beendet eines der schäbigsten Kapitel, an denen das Europaparlament mitgewirkt hat. Mit einer großen Mehrheit aus Konservativen, Liberalen und Sozialde-

mokraten wurde die Dienstleistungsrichtlinie ohne Änderungen durchgewinkt. Das Europaparlament verzichtet so auf eine eigene Positionierung und schwenkt willfährig auf die Linie ein, die von Rat und Kommission vorgegeben worden ist. Ein Vermittlungsverfahren wurde nicht einmal in Erwägung gezogen. Die ursprünglichen vollmundigen Ankündigungen, die insbesondere von den Sozialdemokraten gemacht wurden, waren nichts anderes als ein reines Schaufecht. Keine Kröte war zu groß, als dass sie nicht von der Mehrheit der Sozialdemokraten hätte geschluckt werden können. Entscheidend war der gemeinsame Schulterschluss der neoliberalen Parla-

mentsmehrheit mit den Großkonzernen, die unermüdlich für die Bolkestein-Richtlinie getrommelt haben und nun am Ziel angelangt sind. Dem Europäischen Gerichtshof, der für seine konzernfreundlichen Entscheidungen bekannt ist, wird es jetzt überlassen, mit seinen Interpretationen das neoliberale Werk zu vollenden. Wer sich den Schneid mit einigen kosmetischen Veränderungen abkaufen lässt und jedwede neoliberale Schandtat als Erfolg verkauft, handelt nicht im Interesse der Beschäftigten in Europa. Sie sind es, die die Quittung zahlen werden: Die Dienstleistungsrichtlinie wird eben nicht Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen, sondern zu weiterem Sozial-

Fortsetzung auf Seite 12

Täglich. Links. Bundesweit.



Weihnachtszeit ist Lesezeit.
»Neues Deutschland« 3 Monate im Abo für 60,00 Euro + Büchergutschein!

Jetzt gleich bestellen:
Tel.: 030 29 78 – 18 00
www.neues-deutschland.de



Druck von Links

abbau und der Aushöhlung von Sozial-, Arbeits- und ökologischen Standards führen. Die heutige Abstimmung im Europäischen Parlament ist ein Verrat am Ziel eines sozialen Europas. Darüber hinaus ist sie ein Paradebeispiel dafür, wie sich das Parlament selbst bedeutungslos macht, indem es zum Sprachrohr von Rat und Kommission verkommt.

Wortlaut der Rede von Sahra Wagenknecht im Europäischen Parlament:

»Die Dienstleistungsrichtlinie war von Beginn an das Projekt derer, die einen von allen sozialen Schutzzonen entkleideten Kapitalismus in Europa wollen. Sie wird Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, Lohn- und Sozialdumping in bisher ungekanntem Ausmaß voranpeitschen, zum Wohlgefallen der Konzerne, als Katastrophe für die Mehrheit der Menschen. Dass diese Richtlinie – trotz aller Proteste, trotz allen Widerstands – dieses Haus heute pas-

sieren wird, verdanken ihre Profiteure nicht zuletzt jener Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion, die ihr Bestes tat, durch Lügen und Falschspiel den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Nein, was heute zur Verabschiedung steht, ist kein weingespülter Bolkestein, kein Kompromiss, der die noch vorhandenen Restbestände eines sozialen Europa leben lässt. Es ist ein neoliberaler Hammer, konzipiert, alles Soziale auszulöschen. Wer ihm zustimmt, muss wissen, was er tut. Unser Widerstand gegen den neoliberalen Großangriff wird weiter gehen.«

Wertung bezogen auf den Mittelstand:

Nutzen wird die Dienstleistungsrichtlinie den Großkonzernen, Verlierer sind die kleinen und mittleren Unternehmen, die nicht die Möglichkeiten und Kapazitäten haben, ihre Betriebe und Angebote nach Belieben umzustrukturieren und zu verlagern, um so durch die Ausnutzung der niedrigsten Standards höchstmögliche Profitraten zu erzielen.

www.ppmdw.de

**präsentation plus
märkische druck- und
werbeproduktionsgesellschaft mbh**


ppmdw

landsberger straße 263 · 12623 berlin
tel 030 - 51 49 31 21 · fax 030 - 51 49 31 22
mahlsdorf@ppmdw.de

müggelseedamm 94 · 12587 berlin
tel 030 - 645 14 86 · fax 030 - 645 19 50
friedrichshagen@ppmdw.de

Für klein und mittelständische Unternehmen auf dem europäischen Markt:

- Chancengleichheit bei der Vergabe von Fördermitteln gegenüber den Konzernen
- Stärkung des Eigenkapitals durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen

Ihr Ansprechpartner: Dr. Helmuth Markov
(Mitglied der Gruppe der Linkspartei.PDS im EP)



GUE/NGL
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentarische Fraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

Wo ist **OWUS** in meiner Region zu erreichen?

OWUS Dachverband e.V.

OWUS Berlin-Brandenburg e.V.

Geschäftsführerin Renate Vehlouw

Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin
(030) 24 00 95 63, (03327) 73 20 90
www.owus.de, kontakt@owus.de

OWUS Sachsen e.V.

Landesvorsitzender Reinhard Heinrich

Lachenweg 27, 01640 Coswig
(03523) 6 07 42, (03523) 70 09 40
owus@heinrich-coswig.de

Regionalverband Dresden

Geschäftsstelle: Ralf Krämer

Florian-Geyer-Straße 15/02/02,
01237 Dresden
(0351) 4 41 14 43, (0351) 4 41 15 59
assekuranz@ralfpeter-kraemer.de

Regionalverband Westsachsen

Geschäftsstelle: Thomas Schuffenhauer

Robert-Siewert-Straße 30, 09122 Chemnitz
(0371) 2 36 20 90, (0371) 2 36 20 90
schuffenhauer@raum-und-technik.de

OWUS Sachsen-Anhalt e.V.

Landesvorsitzende Iris Gottschalk

Hallische Straße 4, 39104 Magdeburg
(0391) 56 57 40, (0391) 5 65 74 16
stb.iris.gottschalk@datev.net.de

OWUS Thüringen e.V.

Landesvorsitzende Rosel Neuhäuser

Am Stein 44, 99846 Seebach
(036929) 6 22 68
rosel.neuhaeuser@t-online.de

Landesverband Niedersachsen

Landesvorsitzender Peter Vogel

Postfach 1841, 27738 Delmenhorst
(04221) 5 39 48, (04221) 5 46 39
P2807@aol.com

Landesverband Hessen

Landesvorsitzender Kai Boeddinghaus

Mecklenburgerstraße 7E, 34131 Kassel
(0561) 77 79 86, (0561) 18 18 0
kai@boeddinghaus.org

Die Ansprechpartner für die Unternehmertreffs in den einzelnen Regionen oder Städten sind über die oben genannten Kontaktadressen und die Geschäftsstellen der Länder zu erfragen.